
Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Unterbindung "provokatorisch-demonstrativer Handlungen"

In einem Schreiben an die Leitungsebene des MfS fasste Mielke die oppositionellen Aktivitäten der ersten Junihälfte 1989 zusammen. Außerdem brachte er diese in einen direkten Bezug zur politischen Entwicklungen in den reformorientierten sozialistischen Staaten.

Kurz vor dem Ausbruch der revolutionären Krise in der DDR verschaffte sich die Staatssicherheit einen Überblick zum Ausmaß politischer Opposition in der DDR. Die Führung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hatte dazu bereits Ende des Jahres 1988 ihre Bezirksverwaltungen angewiesen, über "politische Untergrundtätigkeit" im Verantwortungsbereich zu berichten.

Im vorliegenden Schreiben Mielkes geht es um oppositionelle Aktivitäten in der ersten Junihälfte. Mielke konstatiert in diesem Schreiben "eine erhebliche Zunahme ... provokatorisch-demonstrativer Handlungen" in den vorangegangenen Wochen. Interessant daran ist vor allem, dass er eine enge Verbindung herstellt zwischen den politischen Entwicklungen in den reformorientierten sozialistischen Staaten Polen, Ungarn und Sowjetunion (dazu mehr unter Juli 1989) und der innergesellschaftlichen Opposition.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5453, Bl. 1-4

Metadaten

Dienst Einheit: Minister für
Staatssicherheit

Datum: 13.6.1989
Überlieferungsform: Dokument

Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Unterbindung "provokatorisch-demonstrativer Handlungen"

103598

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, 13. 06. 1989

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-o008
MfS-Nr. 46/89
Ausf. Bl. 1 bis 2

Dienstseinheiten
Leiter

000002

BSIU
000001

Die jüngste Entwicklung im Innern der DDR ist gekennzeichnet durch eine erhebliche Zunahme von Versuchen der Organisation und Durchführung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Handlungen seitens feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Personenkreise.

Dabei handelt es sich u. a. um

- den unter vorgetäuschter Bezugnahme auf den Weltumwelttag für den 4. Juni 1989 geplanten und verhinderten sogenannten Pleißemarsch in Leipzig, mit dem u. a. vorgesehen war, durch eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit Sympathisanten zu gewinnen und Massen "in Bewegung zu bringen" sowie den gegebenen Handlungsraum für derartige Aktivitäten und die "Belastbarkeit" des Staates zu testen,
- den am 7. Juni 1989 in der Hauptstadt Berlin verhinderten sogenannten Schweigemarsch vom Gebäude des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zum Gebäude des Staatsrates der DDR mit dem Ziel, dort ein als Eingabe deklariertes Schreiben zu übergeben, das Angaben über angebliche Manipulationen und Fälschungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 enthalten sollte, und die der verhinderten Provokation folgenden Ereignisse im Bereich der Sophienkirche,
- die Versuche, am 5. und 6. Juni 1989 vor der Botschaft der Volksrepublik China in der DDR durch Personenansammlungen, Sitzdemonstrationen und Versuche der Übergabe von "offenen Briefen" sowie am 8. Juni 1989 auf einem Abrißgelände im Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg durch ein sogenanntes Meeting gegen die Maßnahmen der chinesischen Partei- und Staatsführung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Ereignissen in der Volksrepublik China öffentlich zu protestieren,

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5453, Bl. 1-4

Blatt 1

Schreiben Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten zur Unterbindung "provokatorisch-demonstrativer Handlungen"

BSU 000002

2

- das unter wesentlicher Mitwirkung von hinlänglich bekannten Provokateuren am 10. Juni 1989 in der Innenstadt von Leipzig organisierte, staatlich nicht genehmigte sogenannte Straßenmusikfestival, das darauf ausgerichtet war, unter dem Deckmantel einer öffentlichen Musikveranstaltung politisch gleichgesinnte Kräfte und Sympathisanten aus allen Teilen der DDR zu versammeln, diese gezielt zu beeinflussen und zu provokatorisch-demonstrativen Aktivitäten und Aktionen zu inspirieren und zu veranlassen)

aber auch um

- die erneuten Versuche von Antragstellern auf ständige Ausreise, mit nicht genehmigten Demonstrationen am 11. Juni 1989 in Berlin zum Brandenburger Tor und am 12. Juni 1989 in Leipzig zum Markt öffentlich auf ihre hartnäckige Absicht zur ständigen Ausreise aufmerksam zu machen.

Die Eskalation derartiger Ereignisse steht im engsten Zusammenhang mit einer in jüngster Zeit festzustellenden Verstärkung der gegnerischen Medienkampagne gegen die DDR. Westliche Korrespondenten intensivieren ihre Recherchetätigkeit nach solchen Fakten, nehmen entsprechend ihren Möglichkeiten nach wie vor unmittelbar Einfluß auf die Realisierung solcher Vorhaben feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Personenkreise und organisieren eine breite aktuelle Auswertung der gewonnenen Informationen besonders in den elektronischen Medien. Gleichermäßen inspirierend und die Handlungsbereitschaft vorgenannter Kräfte stimulierend wirken die aktuellen Ereignisse in der Volksrepublik China und der UdSSR sowie die Lageentwicklung in der Volksrepublik Polen und der Ungarischen Volksrepublik und die breite, aktuelle Auswertung dieser Vorgänge durch die westlichen Medien.

Die im Ergebnis der von rechtsorientierten politischen Kräften in der Ungarischen Volksrepublik betriebene juristische und politische Rehabilitierung von Imre NAGY und anderen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen 1956 in Ungarn hingerichteten Personen sowie die am 16. Juni 1989 vorgesehene öffentliche Beisetzung der Gebeine dieser Personen könnte zu einer weiteren Zuspitzung der Situation und einer Verschärfung der Lage führen, die durch den Gegner ausgenutzt werden kann.

Zu beachten sind ebenfalls die Möglichkeiten der Organisation von Provokationen unter Ausnutzung des Besuches des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen GORBATSCHOW, in der BRD. Das vor allem hinsichtlich von Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR.

Die operative Arbeit aller Dienstseinheiten ist konsequent darauf einzustellen, daß der Gegner, feindliche, oppositionelle und andere negative Personenkreise im Innern der DDR diese Entwicklungstendenzen, Ereignisse und Vorkommnisse auch zukünftig und verstärkt zu mißbrauchen versuchen, um in der DDR erneut weitere provokatorisch-demonstrative Handlungen zu organisieren.

Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Unterbindung "provokatorisch-demonstrativer Handlungen"

BSU
000003

3

VVS MfS o008-46/89

Die charakterisierte politisch-operative Lage, die von den genannten Ereignissen und Vorkommnissen ausgehenden Wirkungen sind auch im Zusammenhang mit dem 17. Juni besonders zu beachten. Das kann dazu führen, daß der 17. Juni zum Anlaß genommen wird, auch im Innern der DDR feindlich-negative Handlungen zu inspirieren und zu organisieren.

In allen Verantwortungsbereichen ist deshalb höchste tschekistische Wachsamkeit geboten.

Folgende Maßnahmen sind durchzuführen:

1. Alle in der letzten Zeit eingeleiteten politisch-operativen, vor allem vorbeugenden Maßnahmen sind konsequent zu realisieren.

Auf alle Hinweise bzw. Signale für eine mögliche Auslösung feindlicher, vor allem öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten ist unverzüglich zu reagieren. Zur Verhinderung jeglicher Überraschungen sind sie zweifelsfrei zu klären.

Ziel aller politisch-operativer Maßnahmen muß sein, jegliche Überraschung - sowohl von außen als auch von innen - auszuschließen, auf alle Situationen eingestellt zu sein.

2. Alle operativen Diensteinheiten haben zu sichern, daß die angewiesene gründliche operative Durchdringung feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Personenkreise verstärkt wird, um jegliche Pläne, Absichten und Maßnahmen zur Organisation provokatorisch-demonstrativer Handlungen, einschließlich ihres Zusammenwirkens mit im Ausland agierenden Feinden und in der DDR akkreditierten Korrespondenten, rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu verhindern.

Dazu sind alle geeigneten politisch-operativen Möglichkeiten, insbesondere der zielgerichtete Einsatz der IM und GMS, zu nutzen.

Die in meinem Schreiben vom 9. 6. 1989, VVS MfS o008-44/89, angewiesenen Maßnahmen sind konsequent zu realisieren, um auf angefallene Personen disziplinierend und zur Erreichung eines gesellschaftsgemäßen Verhaltens wirksam Einfluß zu nehmen.

Schwerpunktmäßig sind die gemäß meinem Schreiben vom 23. 5. 1989, VVS MfS o008-39/89, eingeleiteten Maßnahmen der operativen Kontrolle bzw. Bearbeitung von personellen Zusammenhängen zu verstärken.

3. Die operativen Diensteinheiten haben in Auswertung der jüngsten Vorkommnisse, vor allem im engen politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP und anderen staatlichen Organen und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften, eine exakte Übersicht darüber zu erarbeiten und ständig zu aktualisieren, welche gesellschaftlichen und anderen Veranstaltungen im Verantwortungsbereich für eine mißbräuchliche Nutzung durch feindliche, oppositionelle und andere negative Personenkreise geeignet und welche vorbeugenden Maßnahmen einzuleiten sind.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5453, BL 1-4

Blatt 3

Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Unterbindung "provokatorisch-demonstrativer Handlungen"

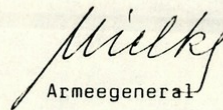
B570
000004

4

Mit dem Veranstalter und unter differenzierter Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte sind geeignete Maßnahmen festzulegen, um öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Handlungen rechtzeitig zu erkennen und bereits in der Vorbereitungs- bzw. Anfangsphase wirksam zu unterbinden. Dazu getroffene staatliche Maßnahmen, wie Nichtgenehmigung von Veranstaltungen, Demonstrationen o. ä., sind konsequent durchzusetzen. Es ist unbedingt zu gewährleisten, daß die getroffenen Festlegungen strikt durchgesetzt werden und die Autorität der staatlichen Entscheidungen nicht durchlöchert wird.

4. Die Leiter aller Diensteinheiten haben, unabhängig von bisher aufgetretenen feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Personenkreisen, in ihrem Verantwortungsbereich zu sichern und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch auf die sich spontan entwickelnde Organisation provokatorisch-demonstrativer Handlungen unverzüglich reagiert werden kann. Dazu sind entsprechende Dokumente für differenzierte Handlungsvarianten, insbesondere für den Einsatz und mögliche Umgruppierungen der Kräfte, zu schaffen bzw. zu vervollkommen. In Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen der DVP ist zu sichern, daß auch bei ihnen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen bzw. präzisiert werden und der abgestimmte Einsatz der jeweils geeigneten Kräfte gewährleistet ist.
5. Die Leiter aller Diensteinheiten haben die Durchführung dieser und weiterer von ihnen angewiesener Maßnahmen unter konsequenter Kontrolle zu halten und auf deren politisch kluge Realisierung ständig persönlich Einfluß zu nehmen.
6. Die Leiter aller operativen Diensteinheiten haben zu sichern, daß über bekanntwerdende Pläne, Absichten und Maßnahmen zu provokatorisch-demonstrativen, vor allem öffentlichkeitswirksamen Handlungen sowie über die eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung derartiger Aktivitäten die zuständigen operativen Diensteinheiten unverzüglich informiert werden.

Informationen über operativ besonders bedeutsame derartige Pläne, Absichten und Maßnahmen sind mir sofort zu übermitteln.


Armeegeneral